

Kratzer im Lack ...

In den Bilanzunterlagen gleich mehrerer zentraler Behörden und Staatsunternehmen zeigen sich deutliche Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und ungeklärte Finanztransaktionen. Dies hat ein Bericht des staatlichen Rechnungshofes jüngst zu Tage gefördert und damit erste Kratzer am ansonsten so sauberen Image der als nahezu korruptionsfrei geltenden Finanzmetropole Singapur hinterlassen.

Unregelmäßigkeiten finden sich nach dem Bericht unter anderem in den Bilanzen des Economic Development Board (EDB), der mächtigen Entwicklungsbehörde des Stadtstaats. Beanstandet wur-

den unter anderem fehlendes oder mangelhaftes Controlling durch die zuständigen Aufsichtsgremien der Behörde und die Vergabe von Krediten durch einzelne Abteilungen ohne Zustimmung des Finanzvorstands. Weitere Beispiele für ungeklärtes Finanzgebaren fanden die staatlichen Prüfer darüber hinaus auch in Ministerien wie dem Verteidigungsministerium und in staatlichen Unternehmen wie der Sentosa Development Corporation (SDC), wo die Rechnungsprüfer unter anderem Unregelmäßigkeiten bei Immobilienverkäufen feststellten.

vgl. Reuters, 25.5.2007

Geschichten über Migration ...

Mit dem Theaterstück *Tales Within Borders* versucht die Gruppe *Migrant Voices* – eine gemeinnützige Organisation, die sich um die Belange von ArbeitsmigrantInnen in Singapur kümmert- derzeit, das Interesse der Menschen in Singapur für die Arbeits- und Lebensbedingungen der mehr als 160.000 jungen Frauen zu wecken, die im Stadtstaat als Hausmädchen beschäftigt sind.

Viele Singapurur sehen in den jungen Frauen, die zum überwiegenden Teil aus den Philippinen, Indonesien und Sri Lanka kom-

men, nur unqualifizierte und billige Arbeitskräfte, denen selbst elementare Arbeitnehmerrechte verweigert werden und die sich in den letzten Jahren immer wieder Misshandlungen und Gewalt ausgesetzt sehen. Mit dem Theaterstück, das in Zusammenarbeit mit der Singapore Drama Educators Association (SDEA) aufgeführt wird, soll auf die oftmals schwierige Situation der jungen Frauen im Stadtstaat aufmerksam gemacht werden.

vgl. Inter Press Service News (Singapur), 8. 08. 2007

Schärfere Strafen für Arbeitgeber

Eine erneute Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen sieht härtere Strafen für Arbeitgeber vor, die illegal eingewanderte Arbeitskräfte beschäftigen. Mit der Gesetzesinitiative reagiert die Regierung auf einen erneuten Anstieg der Zahl der verhafteten illegalen Arbeiter auf nahezu 2.900 in 2006, nach etwas mehr als 2.100 im Jahr 1995.

Die Gesetzesnovelle sieht unter anderem Geld- und Haftstrafen

von umgerechnet 7.300 Euro und ein Jahr Gefängnis für jeden illegal Beschäftigten sowie die Zahlung der ansonsten für die Beschäftigung von Arbeitsmigranten fälligen Steuern (*foreign worker levy*) für die gesamte Zeit der Beschäftigung vor. Zuvor betrug die Höchststrafe umgerechnet etwa 11.000 Euro und ein Jahr Gefängnis – unabhängig von der Zahl der illegal beschäftigten Mitarbeiter.

vgl. AP, Singapur, 23.5.2007

Auslieferungsabkommen mit Indonesien

Nach Jahren der Verhandlung hat Singapurs Regierung ein Abkommen mit Indonesien unterzeichnet, das die Verfolgung und Auslieferung indonesischer Staatsbürger vorsieht, die nach dem Sturz des Suharto-Regimes illegal Geldvermögen nach Singapur transferiert haben. Im Gegenzug erlaubt Indonesien den Streitkräften die Nutzung indonesischen Territoriums für Manöverzwecke.

Nach Ansicht der indonesischen Regierung haben eine ganze Reihe hochrangiger Mitglieder des Suharto-Regimes nach 1998 Vermögenswerte in Singapur investiert oder bei dortigen Banken hinterlegt. Immerhin sind etwa ein Drittel der Personen, die in Singapur über Vermögenswerte von mehr als einer Million Singapur-Dollar verfügen, ehemalige indonesische Staatsbürger. Investmentbanken wie *Merrill Lynch* schätzen das Gesamtvermögen dieser etwa 18.000 Indonesier in Singapur auf mehr als 87 Milliarden Singapur-Dollar. Zu den von der indonesischen Regierung gesuchten Personen zählen in erster Linie eine Reihe führender Manager staatlicher und teilstaatlicher Banken und Investmentformen, die in Abwesenheit bereits zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden und nun in Singapur vermutet werden, wo sie nach Ansicht der Ermittlungsbehörden mittlerweile einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten haben.

vgl. Asia Times, Jakarta, 02.5.2007; Reuters, Singapur, 21.5.2007

nachrichten